83. Beilage im Jahre 2017 zu den Sitzungsberichten des XXX. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag

Beilage: 83/2017

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 2. August 2017

BETREFF: Statistische Erfassung und Studie über Beratungen zum Tatbestand der Zwangsehe

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zwangsheirat stellt eine Form der Gewalt gegen Menschen dar, die ohne Wenn und Aber abzulehnen ist. Über das Ausmaß von Zwangsehen hat man österreichweit kaum gesicherte Daten. Seriöse Einschätzungen können ebenso nicht abgegeben werden.

Wie aus einer Anfragebeantwortung (29.01.315) von LR Schwärzler und LR Wiesflecker hervorgeht, wird das Thema in Vorarlberg von der Landespolizeidirektion zwar gut beobachtet, ihm jedoch keine hohe Brisanz zugesprochen.

Den Betroffenen stehen in Vorarlberg laut Anfragebeantwortung 7 Beratungsstellen zur Verfügung, darüber hinaus geben auch die Polizeiinspektionen in Vorarlberg Betroffenen Schutz und Hilfe. Genaue Zahlen, wie oft die Beratungsstellen betreffend dem Thema Zwangsehe in Anspruch genommen wurden, liegen jedoch keine vor.

Lediglich die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat im Rahmen des Sozialpolitischen Ausschusses auf Nachfrage von uns Freiheitlichen mitgeteilt, dass diese in 3 konkreten Fällen mit dem Thema Zwangsheirat im Jahr 2016 konfrontiert war.

Um den Opferschutz konsequent ausbauen zu können, braucht es auch beim Thema Zwangsehe klare Zahlen, Daten und Fakten. Auch sehen wir die Durchführung einer österreichweiten repräsentativen Studie als dringend notwendig an.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht,

1. sich bei den öffentlichen Beratungs- und Anlaufstellen dafür einzusetzen, dass Statistiken über Fallzahlen (Kontakte) darüber erstellt werden, wie oft von Zwangsverheiratung Bedrohte oder Betroffene beraten werden und darüber dem Landtag jährlich Bericht zu erstatten;
2. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass eine österreichweite repräsentative Studie betreffend Zwangsheirat und arrangierte Ehen in Österreich in Auftrag gegeben wird.“

LAbg. Nicole Hosp
FPÖ-Frauensprecherin

LAbg. Cornelia Michalke
FPÖ-Sozialsprecherin

LAbg. Christof Bitschi
FPÖ-Integrationsprecher